

Der Mahnruf

Erscheint wöchentlich

Vierteljahrsabonnement S 1.40

Erscheint wöchentlich

Verwaltung und Redaktion: Elisabethnergasse Nr. 20. — Sprechstunden von 9 bis 12 Uhr vormittags und von 6 bis 7 Uhr abends.

Nummer 31

Graz, September 1927

1. Jahrgang

Ein schurkischer Plan.

Wie der katholische Prälat Proletarier ausrauben will, um die Großbauern und Großagrarien zu befriedigen.

Als rücksichtsloser Vertreter der Bourgeoisinteressen hat der katholische Priester Seipel aus dem österreichischen Proletariat schon sehr viel Markt herausgepreßt. Seine Sanierungspolitik hat Tausende ins Arbeitslosentum gestoßen und viele in den Tod getrieben. Er ist selbst über Leichen schon geschritten. Sein Motto ist: **Kein Erbarmen.**

Der neueste Offensivplan gegen die Werttätigen ist die angewandte Praxis seiner Theorie. Er will die wichtigsten Lebensmittel, die wir aus dem Ausland billiger beziehen, den Landbäuerinnen zuliebe, die er für seine Regierungsmehrheit braucht, denn ohne sie ist er ein Kadaver, mit so hohen Zöllen belegen, daß sie teurer kommen als die inländischen Produkte. Es handelt sich in erster Linie um Getreide, Mehl, Fleisch, Speiseöl, Butter und Kunstfett. Den Großagrariern will er auf diese Weise hohe Profite zukommen lassen, damit sie in seiner Gefolgschaft bleiben.

- Das Brot soll um 8 Groschen,
- Das Mehl um 15 Groschen,
- Das Fleisch um 60 Groschen

teurer werden. Das macht bei einem jährlichen Brotverbrauch von 350 Kilogramm in einer 4köpfigen Familie eine Mehrausgabe von 52 Schilling.

- 52 S sind drei Wochen Unterstützung eines Arbeitslosen.
- 52 S sind drei Wochenlöhne mancher Arbeiterin.

Beim Fleisch beträgt die Mehrausgabe einer 4köpfigen Familie, den Jahresverbrauch mit 212 Kilogramm berechnet, 127 Schilling.

127 S ist der Monatslohn vieler Schmiedearbeiter.

Den landarmen Bauern, den Kleinfischler wird diese Zollerhöhung keine Mehreinnahme, sondern Schaden bringen, weil sie selbst den größten Teil des Jahres Brot und Mehl kaufen müssen. Die Zollerhöhung kommt nur zugute den Großagrariern, den Getreidespekulanten, Viehhändlern, dem Steuerfiskus des Staates und . . . darüber sprechen wir sofort.

Ungarn hat auf diese Zollerhöhung mit dem Boykott österreichischer Industriewaren geantwortet.

Seipel hat daraufhin den ungarischen Mühlenbesitzern in Budapest und Banat für den Ausfall an Mehlausfuhr versprochen

jährlich circa 3 Millionen Schilling

aus der Zollerhöhung, welche die Arbeiter und Arbeitslosen leisten sollen, zu schenken.

Damit sind selbstverständlich auch die Ungarn zufrieden. Außerdem will Seipel eine Kartellbildung aller österreichischen, ungarischen, jugoslawischen und rumänischen Mühlenbesitzer zulassen. Ein Kartell bedeutet Ausschaltung der Konkurrenz und Preisdiktat, damit alle Werttätigen Österreichs von diesen Parasiten leichter ausgeplündert werden können. Das ist der schurkische Plan des katholischen Priesters Seipel, des besten Vertreters der österreichischen Bourgeoisie. Die Folge dieser Politik wäre eine ungeheure Leuerungswelle, 10—20prozentige Senkung des Realwertes aller Löhne, 20—40prozentige Senkung des Realwertes der Arbeitslosenunterstützung.

Diesen Kanzlerpräsidenten, der die Werttätigen Österreichs so ausrauben will, um die in- und ausländische Bourgeoisie zu mästen, sollte von der Sozialdemokratie mit den schärfsten Mitteln des aktiven parlamentarischen und außerparlamentarischen Kampfes entgegengetreten werden.

Bisher war es ein Kampf mit Glacehandschuhen. Dieses Zollattentat kommt noch vor das Parlament. Kein Kompromiß, kein Nachgeben. Die Arbeiter sollen auf die Straße allerorts in ganz Österreich, bevor dieser schurkische Plan Wirklichkeit wird.
**Nieder mit dem Zollattentat!
Nieder mit Seipel!**

Die russischen Gewerkschaften für die Julioffer.

Der Zentralrat der russischen Gewerkschaften hat beschlossen zu Gunsten des Einheitskomitees für die proletarischen Opfer der Julitage

ohne Unterschied ihrer Parteizugehörigkeit

den Betrag von **35.000 Schilling** zu überweisen.

Donnerstag, den 9. September sind durch die österreichische Rote Hilfe 20 von den Augen der Schöberpolizei verwundete Arbeiter, 18 Sozialdemokraten und 2 Kommunisten, nach Rußland in die Krim, wo einst die Zarenfamilie wohnte, abgereist, um dort sechs Wochen zur Erholung zu verbleiben.

Nach Deutschland ins Kinderheim der Roten Hilfe **Egersburg** ist der 4. Transport von Kindern, deren Eltern in den Julikämpfen verhaftet, verwundet oder ermordet wurden, abgegangen.

Das Wiener Rathaus hat Sammlungen der Roten Hilfe verboten. Das ist eine Schande! Das Verbot muß weg!

Bis zur Schwertschärfe in der Wiener Polizeidirektion geschlagen worden!

Die Polizei wurde 1919 nicht aus der Arbeiterschaft gebildet. Besonders Wien holte sich das Polizeimaterial aus den schmutzigen Gegenden, wo die rohesten Dummel anfällig sind. Am 15. Juli hat diese Horde freie Hand bekommen und seitdem erigen sich in Wien Dinge, die wir bisher nur aus den Zeitungsberichten der Balkanländer gekannt haben.

Bei der Wiener Polizeidirektion wurde ein Mann und eine Frau eingeliefert, weil sie mit einem Chauffeur einen Konflikt hatten. Bei der Protokollnahme wurde der Mann von einem Polizeibeamten niederträchtig beschimpft und ihm Zigaretten aus der Hand gerissen. In der Erregung widersetzte sich der Eingelieferte dieser Mißhandlung.

Darauf wurde er von mehreren Wachleuten überfallen, gefesselt und so lange geschlagen, bis er bewußtlos war. Das rechte Auge ist ein einziger Blutfließ und das Trommelfell des rechten Ohres wurde ihm eingeschlagen.

Aus all den Ereignissen der letzten Zeit müßte die sozialdemokratische Partei die Lehre ziehen, daß die Polizei unbedingt den Gemeinden unterstellt werden muß. Wenn darum nicht gekämpft wird, werden wir noch mehr erleben.

Un das freigewertigkeittl. Arbeitslosenkomitee!

Werte Genossen!

Es ist euch bekannt, daß das Arbeitslosenversicherungsgesetz am 31. Dezember d. J. abläuft. Ein neues Gesetz wird ausgearbeitet werden. Wird dieses Gesetz, die neue Novelle, noch schlechter ausfallen als die XVII. Novelle? Wenn die Bürgerlichen ihre Pläne durchziehen, ja! Die Gefahr ist umso größer, als die Bourgeoisie seit dem blutigen Freitag auf der ganzen Linie, auf dem Gebiete des Mieterschutzes, der Raubzölle und dem Koalitionsrecht die Offensive im verstärkten Maße gegen die Werttätigen aufgenommen hat. Angesichts der drohenden Gefahr, daß den Arbeitslosen der Vorkorb noch höher gehängt werden soll, halten wir es für notwendig, in einer öffentlichen Kundgebung unter freiem Himmel dagegen unsere Stimme zu erheben.

Die Not der Arbeitslosen erfordert jedoch mehr als bloße Beseitigung der bestehenden Arbeitslosenversicherung. Die Gläubiger schreit nach Verbesserung. Die Forderung nach Einbeziehung der Land- und Forstarbeiter hat der Vorstand der S. P. an die Regierung gestellt. Wir machen aber auch darauf aufmerksam, daß die gegenwärtige Unterstützung viel zu gering ist: sie reicht zur notwendigen Versicherung nicht aus, die Vorsehung ist defekt, vieles ist auf Himmelwundern in die Versuchung gewandert, die Kinder sind unterernährt, die Mütter können nicht bezahlt werden und noch dazu wird die Unterstützung bei länger dauernder Arbeitslosigkeit, wo doch die Not immer größer wird, gekürzt. Bei Männern auf 90, bei Frauen auf 85 Proz. bei vielen aber ganz gestrichelt.

Was tut man? Erhöhung der Unterstützung! Wir sagen am 25. Dez., der Teuerung seit der letzten Erhöhung entsprechend, Gewährung der vollen Unterstützung für die Gesamtdauer der Arbeitslosigkeit. Weg mit den heute bestehenden Ausnahmen. Schutz der Alten vor der geplanten Verkürzung.

Gegen jedwede Verschlechterung für eine Verbesserung in diesen Punkten gemeinsam und öffentlich eine Kundgebung unter freiem Himmel zu veranstalten, um der Regierung unsere Forderungen als Masse selbst vor Augen und unter die Nase zu halten, das, glauben wir, ist notwendig! Die Arbeitslosen von ganz Österreich werden in diesem Sinne vor dem 31. Dezember ihre Stimme erheben. Wir hoffen, daß Ihr diesen Schritt für notwendig erachtet und wir gemeinsam an die Organisierung einer massvollen Kundgebung aller Arbeitslosen von Graz und Umgebung schreiten werden. Das Zentral-Arbeitslosenkomitee ersucht auf diesen Vorschlag um Antwort bis längstens 19. September. Das Zentral-Arbeitslosenkomitee.

Wie kämpfen gegen die Arbeitslosigkeit?

Von Josef Trech.

Der Kleinbürgerliche Kampf gegen die Arbeitslosigkeit.

(Fortsetzung.)

Der Versuch, die Arbeitslosigkeit durch

Innenkolonisation

einzudämmen, bemerkt sich vorwiegend im Kleinbürgerlichen Jahrgang. Es gibt in Österreich große Landgebiete, deren Urbarmachung zehntausenden Arbeitslosen Arbeit und Brot geben könnte, wobei die Lebensmittelproduktion gesteigert, die Lebensmitteleinfuhr gesenkt werden würde. Das könnte die Innenkolonisation freilich nur leisten, wenn sie großzügig angepackt würde, was jedoch ganz andere politische Mittel voraussetzt, als sie bisher angewendet wurden. Nur der planmäßige Kampf der wirklich großen Massen kann die Innenkolonisation im großen Maßstab verwirklichen.

Was bisher erzielt wurde, ist wenig, aber etwas ist besser als nichts. Die Kleinbürgerlich geführte Innenkolonisationsbewegung erzeugt jedoch die die proletarische Kampfkraft schwächende Illusion, als ob sie die Arbeitslosigkeit beseitigen oder wenigstens wesentlich mildern könnte, während sie im besten Fall so wie sie betrieben wird, einer nur sehr geringen Zahl von Arbeitslosen zu einer sehr lärmigen, aber doch schweren Existenz verhilft. Obwohl dem so ist, wäre es falsch, so wie es die anarcho-kommunistische Partei getan hat, dieser Bewegung die Unterstützung zu verweigern. Im Gegenteil. Wir Kommunisten unterstützen jeden praktischen Schritt, der den Arbeitslosen irgendwie auch nur im Geringsten nützlich hilft, selbstverständlich unter Ausschaltung unserer kommunistischen Kritik, Agitation, Propaganda.

Die Auswirkung des Geburtenrückganges im Krieg.

Die Geburtenrückgang hat im Jahre 1914...

Gerecht, daß der „Mordwurf“ überall aufliegt!

zur Folge hatten, so werden ab 1928 dem Arbeitsmarkt jährlich um etwa 15.000 Arbeitskräfte zuzuführen. Das wird vier Jahre dauern, also etwa bis 1932.

Sind außenpolitisch — vom Krieg in diesem Zusammenhang wurde schon an anderer Stelle gesprochen — irgendwelche Veränderungen zu erwarten, die der Arbeitslosigkeit entgegenwirken könnten? J. B. Zollermäßigungen, Verkehrsvereinfachungen. Das ist wenig wahrscheinlich. In allen Ländern hat die kapitalistische Wirtschaft mit ähnlichen Schwierigkeiten zu kämpfen wie in Österreich.

Zusammenfassung.

Wägen wir die Steigerungstendenzen und die Grundtendenzen gegeneinander ab, so ergibt sich:

Selbst die Staatsanleihe und die Gemeindeforderungen werden der Vergrößerung der Arbeitslosenzahl im besten Fall nur vorübergehend entgegenwirken (und dies zu 100, beziehungsweise zu 75 Prozent auf Kosten der Arbeiterschaft).

Zugegen wirken die Steigerungstendenzen (Zentralisation, Konzentration, Rationalisierung, die damit zwangsläufig verbundene kapitalistische Politik) zwar nicht immer mit gleicher Stoßkraft, doch aber unausgesetzt und dauernd.

Daraus ergibt sich:

Die Massenarbeitslosigkeit wird in großem Umfang anhalten. Wahrscheinlich wird sie sogar steigen und im kommenden Winter die Höchstzahlen des Vorjahres überflügeln.

Daran etwas ändern kann nur das Proletariat und das Proletariat auch nur durch Kampf.

(Fortsetzung folgt.)

Der Bräut' Geipel

führt den blutigen Kurs der kapitalistischen Politik.

Keine Milde

den Julioptern ist die christliche Lösung dieses katholischen Priesters. Durch die und dann geht die Kirche mit der Bourgeoisie gegen die Arbeiter. — Arbeiter, kehrt der Kirche den Rücken. Tretet aus der Kirche aus mit Eurer ganzen Familie und werdet dafür in der ganzen Arbeiterschaft.

Werdet konfessionslos!

Werdet Freidenker!

Polizeiwahlen in Graz.

Am 1. September waren die Wahlen für die Personalkommission der Grazer Sicherheitswache. Die Polizeidirektion hatte eine Liste aufgestellt und die freie Gewerkschaft. Erstere erhielt 302 Stimmen, letztere 169. Die sich zur freien Gewerkschaft bekannten, mögen ihr Bekenntnis auch im Dienste ablegen. Im übrigen zeigte der Ausgang, daß die Mehrzahl der Grazer Polizeibeamten gute Lakaien der Bourgeoisie sind.

Verfolgung des Genossen Stiff.

Die kommunistische Partei (Opposition) hat am 16. Juli eine Extra-Ausgabe der „Arbeiterstimme“ herausgegeben, um den Massen, die die S. P. führerlos stehen ließ, Ziel und Richtung zu geben, mit der Losung: Generalstreik bis zum Sturz der Mörderregierung! Sofortige Bewaffnung der Arbeiterschaft! Entwaffnung der tschechischen Formationen! Meinigung der Polizei, Justiz, des ganzen Staates! waretis nur allen konterrevolutionären Elementen! Weg mit Thöher! Weg mit den Mörderregierung!

Sofort nach Ausgabe der Extra-Ausgabe, die von tausenden Proletariern mit Begeisterung aufgenommen wurde, hat die Polizei die Druckerei besetzt, den Satz zerstört und nach Verfall, Verfasser usw. gefahndet, die Extra-Ausgabe konfisziert und was davon in der Druckerei vorhanden, vernichtet. Nunmehr wird deshalb gegen Gen. Stiff, der die volle Verantwortung übernimmt, der Prozeß wegen Verbrechens der Störung der öffentlichen Ruhe angeklagt. Gen. Stiff wird vor dem Schwurgericht mit den Herrschaften, die das Juligemezel veranstaltet haben, ins Gericht gehen.

Nieder mit der kapitalistischen Klassenjustiz!

Die Exekutive der J. S. P. erläßt folgenden Aufruf:

Sieben Jahre hat die amerikanische Bourgeoisie mit ihren gedungenen Richtern einen verlogenen und erbärmlichen Kampf gegen zwei Menschen geführt. Vom ersten Tage der Verhaftung dieser beiden an, war sich die bürgerliche Klasse über diesen Fall „klar“, daß das Leben von Sacco und Banzetti auf dem elektrischen Stuhl enden müsse.

Millionenfach war der Schrei der Entrüstung über die Vorbereitung des Justizmordes an Sacco und Banzetti!

Millionenfach ist der Schrei über die empörende und herausfordernde Tat der amerikanischen Klassenherrscher, über die Hinrichtung zweier Menschen, deren Lebensinhalt der Befreiungskampf war und die darum dem kapitalistischen Herrscher zum Opfer fallen mußten.

Zwei schuldlose Opfer mußten ihr Leben auf dem elektrischen Stuhl aushauchen, damit die amerikanische Klassenjustiz von zwei Zeugen ihres schmachvollen Strafsystems befreit wurde.

Ihr alle, die ihr das Werk einer blutigen Klassenjustiz erleben konntet, denkt daran, daß Sacco und Banzetti kein Ausnahmefall ist, sondern das System der bürgerlichen Klassenjustiz darstellt.

Tausendfach sind die Opfer, die mit Gericht und ohne Gericht zum Tode verurteilt, ermordet wurden.

Zehntausendfach wurden Männer und Frauen von der bürgerlichen Klassenjustiz hinter die Kerkermauern geworfen.

Zehntausendfach wurden Männer und Frauen von den Herrschern der kapitalistischen Gesellschaft gefoltert.

Zehntausendfach wurden Männer und Frauen aus dem Lande getrieben, des Asylrechtes beraubt und somit der gierigen Herrscher als „vogelfrei“ ausgeliefert.

Schon heute lauern in allen kapitalistischen Ländern die blutigen Herrscher der Klassenjustiz, lauert der weiße Terror auf die Stunde, wo er mit verstärkter Kraft erkrankungslos seine Krallen auf die um ihre Befreiung ringende Menschen einhauen kann.

Ihr alle, die ihr um die Befreiung von Sacco und Banzetti Eure Stimme und Euren Protest erhoben habt, vereinigt Euch mit der J. S. P. Verstärkt ihre Reihen und schafft einen gewaltigen Wall gegen die bürgerliche Klassenjustiz und den weißen Terror.

Erhebt Eure Stimme gemeinsam mit der Intern. Roten Hilfe:

Nieder mit der Klassenjustiz!

Nieder mit dem blutigen System der Ausrottung der Freiheitskämpfer, nieder mit dem weißen Terror!

Heraus mit den politischen Gefangenen!

Her mit dem unbeschränkten Asylrecht!

Es lebe die Solidarität aller Weltweiten im Kampf gegen die bürgerliche Klassenjustiz und den weißen Terror!

Es lebe die Internationale Rote Hilfe!

Ein Dokument zur Bewaffnungsfrage.

Gemütsbekenntnis des Vorsitzenden der Ordnerorganisation, Genossen Frey am 25. Oktober 1920 in der engeren Exekutive des Wiener Kreisarbeiterrates in Anwesenheit der Exekutivmitglieder Friedrich Adler, Otto Bauer, Danneberg, Frey, Friedländer, Fritz Hoffmann, Toman, Sekretär Seing.

Seit langem ist es meine feste Überzeugung, daß die Arbeiterklasse mit einer bewaffneten Erhebung der Reaktion zu rechnen hat, daß sich daher die Arbeiterschaft militärisch organisieren, militärisch vorbereiten und so viel als nur möglich mit Waffen und Munition versehen müsse, um jeden gewalttätigen Versuch der Reaktion niederzuschlagen, niederzuschlagen mit den geringsten proletarischen Opfern. Ich halte es für im höchsten Grade wahrscheinlich, daß uns das kommende Frühjahr den gewalttätigen Überfall durch die Reaktion bringen wird.

Gerade die Zeit der Koalition, wo wir zunächst über das Freeresamt und das Staatsamt des innern, später wenigstens, über das Staatsamt für Heerwesen verfügen, war bei Würdigung aller objektiven Hindernisse geeignet, die Bewaffnung der Arbeiter in größerem Umfang zu organisieren.

Als Vorsitzender des Ausschusses der Ordnerobmänner habe ich die maßgebenden Genossen, insbesondere Genossen Deutsch und Genossen Adler wiederholt auf die Bedeutung der Frage aufmerksam gemacht, bin immer wieder in sie gedrungen, daß sowohl was die Entwaffnung der Bourgeoisie als auch was die Bewaffnung des Proletariats betrifft, mehr getan werden müsse. Ich bin jedoch teils auf Passivität, ja manchmal sogar auf passiven Widerstand gestoßen.

Ich habe immer wieder die Überzeugung ausgesprochen, die Arbeiterschaft werde trotz alledem der Reaktion Herr werden, aber unter unverhältnismäßig großen Opfern. Meine Anstrengungen sind nicht ganz ergebnislos gewesen, aber sie haben nicht das Resultat gezeitigt, daß meines Erachtens das Proletariat dem kommenden, unvermeidlich kommenden Gräueltatenschlacht mit Veruhigung entgegensehen könnte.

Die Ursache jener Passivität lag und liegt nicht im bösen Willen der betreffenden Genossen, sondern ihrer ehrlichen politischen Überzeugung. Sie hatten und haben noch heute die ehrliche Überzeugung, daß sich der Zusammenschluß mit der Reaktion durch eine kluge politische Taktik vermeiden lasse, daß daher die Ordnerorganisation nicht die große Bedeutung habe, die ich ihr zumesse. Das ist die tiefste Ursache, warum es gerade in der Zeit, wo es möglich gewesen wäre mehr zu leisten, nicht gelungen ist, die Bewaffnung der Arbeiterschaft auf die Höhe zu bringen, die im Interesse der Sicherheit des Proletariats notwendig wäre.

Freunde des „Mahrner“ werden Verblüfft!

Bei dieser Divergenz in der grundsätzlichen Auffassung ist es natürlich nicht möglich, in der Frage der Bewaffnung der Arbeiterschaft wirkliche Fortschritte zu erzielen. Andererseits aber trage ich als Vorsitzender der Ordnerobmänner die volle Verantwortung dafür, daß die Arbeiterschaft genügend gerüstet sei. Zeigt der Ernstfall, daß dem nicht so ist, daß das Proletariat unverhältnismäßig große Opfer zu bringen gezwungen ist, dann fällt vor der Arbeiterschaft die volle Verantwortung auf mich, den Vorsitzenden der Ordnerobmänner. Dieser Widerspruch zwischen der Last der Verantwortung vor der Arbeiterschaft und der Unmöglichkeit ohne die äußerste Unterstützung aller maßgebenden Genossen mehr in der Bewaffnung der Arbeiterschaft leisten zu können, macht meine Stellung als Vorsitzender der Ordnerobmänner unhaltbar.

Dazu kommt, daß sich die politischen Gegensätze zwischen mir und den führenden Genossen über die Frage der Bewaffnung der Arbeiterschaft hinaus verschärft haben in den Fragen der parlamentarischen Taktik, in der Frage Demokratie oder Diktatur, in der Frage der Internationale. Die bei der Schärfe der Gegensätze unvermeidlich scharfen Auseinandersetzungen über diese Grundfragen der proletarischen Politik haben das wechselseitige Vertrauensverhältnis zwischen mir und den führenden Genossen erschüttert. So macht auch die Vertrauensfrage meine Stellung als Vorsitzender der Ordnerobmänner unhaltbar.

Ich lege hiemit meine Stelle als Vorsitzender der Ordnerobmänner nieder und hoffe, daß diese meine Demission dazu beitragen wird den führenden Genossen den ganzen Ernst, der der Frage der Bewaffnung der Arbeiter zutritt, beizubringen. Noch ist Zeit genug, vieles, sehr vieles zur Bewaffnung der Arbeiterschaft durchzuführen und ich wünsche nichts sehnlicher, als daß es meinem Nachfolger gegeben sei, die Arbeiterschaft bereit auf den unvermeidlichen Entscheidungskampf vorzubereiten, daß sie ihn mit den geringsten Opfern bestehe. Er wird es uns leisten können, wenn ihn die führenden Genossen mit ihrem ganzen Einfluß initiativ unterstützen.

Dieses Dokument zeigt, wie die sozialdemokratische Politik schon vor langen Jahren der Bourgeoisie die Vorbereitung zum Juli und das Juligemezel selbst ermöglicht hat.

Arbeitslose!

Genossen und Genossinnen! Das freigeberische Arbeitlosenkomitee beruft für Donners-

tag 15. Sept., halb 3 Uhr nachm., in den Juliensälen eine Arbeitslosenversammlung ein. Seht alle hin. Das Zentralarbeitslosenkomitee wird wieder im Interesse der Einheit der Arbeitslosen, die vor großen Kämpfen stehen, den Antrag auf Vereinerung der beiden Arbeitslosenkomitees stellen. Unterstützt alle unseren Antrag. Wir brauchen die Einheit, um erfolgreich gegen unsere Feinde kämpfen zu können.

Keine Kürzung -- kein Kompromiß.

Die sozialdemokratischen Abgeordneten haben die Einberufung des Parlamentes gefordert, um vom Nationalrat zu verlangen, daß er den Beitrag, nachdem die über 10 Jahre alten Arbeitslosen ab 1. Oktober um ein Drittel weniger bekommen sollen, rückgängig mache. Die Bürgerlichen werden auf die Kürzung der Unterstützung bei den Alten beharren. Sie werden ihren Standpunkt jedoch aufgeben, wenn sich die Sozialdemokraten bei der Jollerhöhung auf die Lebensmittel nachgiebig erweisen. Eine solche Lösung ist unannehmbar. Den alten darf kein Großden gertaubt, und die Jollerhöhung muß verhindert werden.

Den Wörtern geht's gut!

Die Wiener Polizeibeamten, die am tapfersten geschossen haben und ausgezeichnet wurden, haben Urlaub bekommen, den sie bei Besitzern, großen Gastwirten, in Pensionen und Kurorten verbringen. Dort bekommen sie oftmals noch das Reise- und Tagchengeld.

Aus dem Arbeiterleben

Die Industrielle Bezirks-Kommission lügt.

Bis heute wurde allen arbeitslosen Frauen die 85 Prozent Notstandshilfe entzogen, wenn der Gatte oder Lebensgefährte im Bezug der Arbeitslosenunterstützung stand. Auf den diesbezüglichen Beschwerden war immer zu lesen: „Notstandshilfe“ abgelehnt, weil die gesetzlich geforderte besondere Notlage nicht gegeben ist. In Ihr Gatte im Bezug der Arbeitslosenunterstützung steht.“ Nun erhielt die Arbeitslose Widinger, Gr. Nr. 35.544, datiert vom 30. 8. 1927 einen Bescheid der I. B. R. mit folgendem Wortlaut: „Notstandshilfe abgelehnt, weil die gesetzlich geforderte besondere Notlage nicht gegeben ist. In Ihr Gatte derzeit verdient. Wenn Ihr Gatte wieder arbeits-

Panzerkreuzer „Potemkin“.

(Fortsetzung.)

Die Rundgebungen werden von der ganzen Mannschaft stürmisch begrüßt. „Nun brauchen wir auch eine eigene Flagge. Wir können nicht mehr unter der Andreasflagge, unter dem Jarenfischen fahren.“

„Viel schmückte der Panzerkreuzer „Potemkin“ eine mächtige rote Flagge. „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit!“ stand auf der einen. „Es lebe die Herrschaft des Volkes!“ auf der anderen Seite.“

Am späten Nachmittag des 19. Juni ankerte das Panzerschiff auf der äußeren Reede von Constanza. Große Aufregung im Hafen, denn die gesamte rumänische Flotte bestand damals nur aus zwei Kriegsschiffen.

Was wollten die Reuterer? Der Hafenskommandant Negru und ein Offizier vom Kreuzer „Elisabeth“ gingen an Bord des „Potemkin“.

Hier klappte alles vorzüglich. Matjuschenko hatte eine Ehrenwache aufgestellt, die Wache präsentierte. Salutgeschüsse ertönten.

Nun fragte: „Wo ist euer Kommandant?“ — „Wir haben ihn und die anderen Offiziere befehtigt.“

antwortete Matjuschenko. — „Wie habt ihr das gemacht?“

Matjuschenko zog lächelnd den Revolver, hielt ihn dem Kommandanten an die Schläfe und sagte, indem er mit dem Zeigefinger leicht den Zahn berührte: „Sehen Sie, so . . .“

In einem Briefe vom 24. Juni 1905 teilte der Chef des russischen Generalstabes dem Kriegsministerium mit, der russische Militärattache habe ihm aus Constanza geschrieben, daß sich der Kommandant Negru sehr anerkennend über die glänzende Ordnung auf „Potemkin“ äußert habe. Dagegen habe der an Bord anwendende russische Offizier auf Negru den Eindruck eines Geistesgestörten gemacht. . . . Fährlich Alexejew . . .

Dann verhandelte Matjuschenko mit Negru in der Kajüte. „Wir sind nicht befohlt.“ erklärte Negru „euch den Einlauf von Proviant, Wasser und Kohle zu gestatten.“ Er versprach aber, die Wünsche der Potemkin-Besatzung an die vorgesetzte Behörde in Bukarest zu telegraphieren und nahm die Aufträge an die zivilisierte Welt und an die europäischen Mächte in Empfang.

Nachdem sich die Rumänen verabschiedet hatten,

blieb die Mannschaft in ziemlicher Mißstimmung zurück. „Ausgehungen wollen sie uns.“ sagten sie. „wir haben schon seit Tagen kein Fleisch, leben nur von Kraut und Kartoffeln.“

Plötzlich rührte sich ein Boot, in dem ein russischer Offizier saß. „Ruhe, Kinder“, mahnte Matjuschenko. „Wir wollen sehen, was es ist ein Vogel ist. Laßt ihn nur erst rankommen.“

Der Vogel hieß Banof. Es war derselbe Seeheld, dem es im Hafen von Sebastopol durch geschicktes Manövrieren gelungen war, die eigene Dampfmaschine in den Strand zu bohren, wofür er zum ersten Offizier auf einem Stationschiff beordert worden war.

Der Vogel wollte den „Herrn Kommandanten“ sprechen. „Woju?“ — „Ich will Rapport erstatten. Ich komme vom Stationschiff.“ — „Unser Panzerkreuzer gehört nicht mehr der Regierung, er gehört dem Volke. Haben Sie denn keine Zeitung gelesen?“

Banof schwankte. „Ich bin Analphabet, verdon ich verstehe keine fremden Sprachen.“

Alles schrie vor Lachen. Matjuschenko: „Dann können Sie gehen.“

Banof kletterte erleichtert von Bord — das Boot verschwand hinter dem Wellenbrecher.

ist, wieder bewilligt.“ Was soll man von diesem Verbrechen halten, wo laufende Fälle beweisen, daß die J. B. R. die Notstandsunterstützung den Frauen immer entzogen hat, wenn der Gatte im Wege der Unterstützung war? Wir halten das Verbrechen als eine Lüge, als eine Ausrede. Sollten wir dennoch im Unrecht sein, insofern als die J. B. R. vor hat ihr Verbrechen tatsächlich einzulösen, so werden wir unsere Behauptung gerne widerrufen.

Etwas über die Sorgfalt der barmherzigen Schwestern.

Es ist üblich, daß die Angehörigen der Kranken telephonisch im Krankenhaus nach dem Befinden fragen. Darüber wird uns berichtet, daß die Auskunft von den Schwestern meist sehr nachlässig erteilt wird, ohne vorher aber den wahren Befund des Patienten Erkundigungen einzuholen. So geschah es am 11. August dieses Jahres auf eine telephonische Anfrage. Die diensthabende Schwester antwortete automatisch wie immer: „Es geht besser.“ In Wirklichkeit war aber der betreffende Patient bereits gestorben.

Der Mieterschreck vor dem Bezirksgericht.

Genosse Wneiß wurde wegen Ehrenbeleidigung 10 Schilling Strafe, 48 Stunden und Tragung der Prozesskosten verurteilt. Die Antwort geben wir dem Mieterschreck in der nächsten Nummer. Für den Herrn Weiß wird trotzdem im „Mahner“ stets ein kleines Plätzchen frei sein.

Wohniert den „Mahner“?

Eine lehrreiche Annonce.

In der neuen „Bücher Zeitung“ war am 1. September zu lesen:

Wiener Häuser

in bester Geschäftslage, modern gebaut, um 15 bis 20 Prozent des Friedenswertes unter günstigen Zahlungsbedingungen zu verkaufen. Abbau des Mieterschutzes bevorstehend, wodurch bedeutende Verdienstmöglichkeiten. Sicherste Kapitalanlage. Auskünfte erteilt kostenlos bis zum 10. September vorwiegend in Bücherei willende Wiener Anwalt Richard Weibel, Hotel Sonnenberg, Sprengelstr. 10 bis 12 Uhr oder brieflich.

So festgefesselt sind heute schon die Hausbesitzer. Sie werden sich aber trotzdem täuschen, wenn wir uns gegen den weiteren Abbau zur Wehr setzen.

Am nächsten Morgen versuchte Matjuschenko vergeblich, Prokiant aufzutreiben. Dafür beachtete er folgendes Telegamm des rumänischen Außenministers mit:

„An den Major Negru, Kapitän des Hafens, Bularest Nr. 102, 8 Uhr 10 Minuten morgens.“

Suchen Sie die russischen Matrosen davon zu überzeugen, daß unsere Regierung sie für ausländische Deserteure hält und ihnen völlige Freiheit gewährt, falls sie ihr Schiff verlassen und unbewaffnet landen wollen. Weitere Bedingung: das Schiff darf nicht beschädigt werden. Wenn sie diese Bedingungen annehmen, so wird es ihnen sofort freigestellt, sich entweder nach Bulgarien zu begeben, oder auf Privatschiffen Dienste zu nehmen. Sobald dies geschehen ist, bejehle ich Ihnen, die leeren Schiffe mit Militär zu besetzen und den Matrosen bei der Versorgung mit Proviant behilflich zu sein.

General J. Lahovary
Minister des Äußern.“

Aber die Potemkin-Männer wollten nicht mehr ans Liek: „Die Rumänen stecken mit dem Zaren unter einer Decke.“

Ereignisse der Woche

Die Ausstritte aus der blutigen Seipellkirche haben in Wien die Ziffer 9769 erreicht.

Andreas Schen, dessen Vieder in der Arbeiterchaft bekannt sind, wurde am 30. August im Züricher Krematorium dem Feuer übergeben. Noch klingt sein Lied: „Der Staat ist in Gefahr.“

Raffensverhaftungen sind in Ungarn wieder im Gange. Zu Hunderten werden Arbeiter bei Nacht in die Gefängnisse abtransportiert. Dort saßelt von einem Kommunisten-Komplot.

Ein Bischof und sein Pfarrer stehen in Warschau wegen Verbrechen der Schändung, begangen an 37 minderjährigen Mädchen, vor Gericht. Außerdem betätigten sie sich in Beschleifschlungen, wobei die Geschädigten lange Zeit sich überhaupt nicht meldeten, da ihnen der Bischof, Kowalski nennt er sich, eingeredet hat, daß so wie so die Welt bald untergehen wird. Als der Untergang zu lange auf sich warten ließ, wendeten sich die Betroffenen an die Behörde.

85.000 Schilling haben die russischen Gewerkschaften für die Opfer des 15. Juli nach Österreich gesendet

Einen Antifowjetblock versucht Frankreich bei den Beratungen des Völkerbundes zusammenzuschweißen.

In Moskau geht die Sterblichkeitsziffer und die Erkrankungen durch die allgemeine Zunahme des kulturellen und wirtschaftlichen Wohlstandes stark zurück.

Hochverratsanfrage. Der Oberreichsanwalt hat gegen den deutschen Dichter Heber, von dem in Nr. 29 des „Mahner“ das Gebicht „Den Genlern“ war, die Anklage wegen Hochverrat und Gotteslästerung erhoben.

Im Tunnel den Kopf abgerissen. Der Feiger des Schnellzuges Barcelona-Paris flog im Moment der Einfahrt in einen Tunnel auf den Tender, wobei ihm der Kopf von einem Eisenträger, an dem er anstieß, abgerissen wurde.

88 Menschenleben fielen in St. John, Newfoundland, einem schweren Unwetter zum Opfer. Der Sturm brachte etwa 40 Fischerboote zum Sinken. Der Schaden wird auf 450.000 Dollar geschätzt.

Ein furchtbares Orkan wütete einige Tage über dem Atlantischen Ozean, der die Wellen bis zu einer Höhe von 15 Meter emportriemte. Die Dampfer würden wie Kork hin und her geworfen.

„Wir fahren nach Rußland, nach der Krim!“

Zunächst aber sollte die Antwort an den rumänischen Außenminister an Land gebracht werden. Gleichzeitig wollte man versuchen, den Anruf an die zivilisierte Welt sowie einige Briefe zur Post zu befördern.

Rumänische Offiziere stellten sich dem Abgesandten in den Weg, nahmen ihm die Briefe ab und versprachen auch, den Anruf an sämtliche Regierungen und Behörden weiterzugeben. Natürlich hatten sie später nichts Eiligeres zu tun, als den Anruf der russischen Gesandtschaft zu übergeben. Von da ging er nach Petersburg und gelangte in das Archiv der russischen Geheimpolizei (Ohrana), wo er nach der Revolution von den Sowjetbehörden gefunden wurde.

Die Rumänen verweigerten den Verkauf von Lebensmitteln: „Ergebt euch lieber. Dann bekommt ihr alles, was ihr braucht. Frei werdet ihr sein...“ „Ergeben? Nein, dann werden wir lieber weiterkämpfen. Wir werden uns an das rumänische Volk wenden. Ihr könnt uns doch nicht verhungern lassen!“ „Wir haben sehr viel Artillerie hier.“ — „Nicht eine Kanone. Das wissen wir von euren eigenen Matrosen. Aber keine Ankl. wir sind keine Räuber!“

Ein Sieg der freien Gewerkschaft. In der Anstalt Feldhof waren Betriebsrätemahlen. Die freie Gewerkschaft bekam 210 Stimmen, die Christlichsozialen 105. Die Barmherzigen Schwestern werden einen Trauergeistesdienst abhalten.

Das neue Revolutionszentrum in Sibirien. Die revolutionäre Bewegung in Sibirien wächst wieder an. Die Armee Jehtings, der Kommunist ist, und die Armee Jolungs haben auf dem Wege nach Ranton eine große Zahl irregulärer Truppen aufgenommen. Bauern schließen sich ihnen an. Die Konterrevolutionäre rüsten gegen sie zum Kampf.

Ein Riesenwohnhausbau wird von der Gemeinde Wien in der Heiligenstädterstraße aufgeführt. Der fertige Bau wird 1250 Wohnungen beinhalten, wovon 130 Einzelzimmer mit einem kleinen Vorraum als Junggesellenwohnungen vermietet werden. Außerdem werden untergebracht 30 Geschäftstokale, eine Apotheke, eine Mutterberatungsstelle, eine Bezirkskrankenklasse und zwei große Zentralwäschereien sowie zwei Kindergärten.

Mein Glaube.

Ich glaube nicht an Himmelsöh'n
Und an das große Aufsteh'n,
Mag auch nicht selig werden.
Hier mach' ich mir das Leben schön,
Kein Jenseits gibt's — kein Wiederseh'n,
Das Glück wohnt nur auf Erden.

Snapden.

Was bedeuten die Schandzölle für die Werktätigen?

Verteuerung an Brot, Mehl und Fleisch.
Verteuerung sämtlicher Lebensmittel.
Sinken der Konsumkraft.
Steigerung der Arbeitslosigkeit.

Steigen der Tuberkulose, des Elends, des Hungers und Steigen der fascistischen Gefahr, die in demselben Maße zunimmt, wie die Verzweiflung der Massen, denen der Weg des Klassenkampfes nicht gewiesen wird, steigt!

Keinen Groschen Zollerhöhung!
Nieder mit der Zollentant!

Unsere Antwort.

Auf die andauernd persönlichen Verleumdungen, die aus der Stuppe Sagram fallen, erklären wir nicht gesonnen zu sein, uns auf diesen Tiefstand der Gesinnung auseinanderzusetzen. Noch dazu befinden sich Sagram und Auzi in der Gesellschaft eines Kernmalers und Stromers, und das allein erübrigt jede weitere Diskussion. Wir bebauern es nur, daß sie damit tief gesunken sind.

Das Zentral-Arbeitslosenkomitee.

Es war nichts zu machen. Die Abgesandten lehrten auf den Panzerkreuzer zurück.

Am 20. Juni verließ „Potemkin“ den Hafen von Constanza, nahm erst Kurs auf Konstantinopel, um die Rumänen zu kaufen und steuerte dann nach Feodosija in der Krim.

Die Petersburger Regierung erteilte am Tage der Abfahrt des „Potemkin“ von Constanza ihren Vorgesetzten in Bularest und Sofia den Auftrag, bei der rumänischen und bulgarischen Regierung durchzusetzen, daß den Potemkin-Männern weder Kohle noch Proviant geliefert werde. Die Mannschaften des „Potemkin“ seien nicht bloß Meuterer, sondern auch Kriminalverbrecher.

Da Matjuschenko den Rumänen erzählt hatte, daß das nächste Ziel die Türkei sei, ließ die Petersburger Regierung durch ihren Vorgesetzten in Konstantinopel der türkischen Regierung mitteilen, daß Petersburg energische Maßnahmen gegen die Meuterer seitens der türkischen Regierung erwarte. Von einer Begnadigung der Meuterer durch den Zaren könne keine Rede sein.

Fortsetzung folgt.